

## «Der Bundesrat täte gut daran, sich für die gegenüber den verfolgten Juden begangenen Fehler zu entschuldigen»

50 Jahre nach dem Ende von Hitlers Reich hielt Kaspar Villiger eine Rede, die in die Geschichte einging. Nun belegen bisher gesperrte Dokumente, wie schwer sich die Landesregierung mit den Schatten des Zweiten Weltkriegs tat.

Marc Tribelhorn

01.01.2026, 00.01 Uhr ◉ 7 min

Hören

...

...

...

Die Schweiz ist ein sonderbares Land. 1989 veranstaltet sie behördlich orchestrierte Erinnerungsanlässe zum 50-Jahr-Jubiläum der

Mobilmachung der Armee im Zweiten Weltkrieg. Als europaweit einziger Staat – und dazu als einer, der kriegsverschont war. Das löst im Ausland Erstaunen aus. Und im Inland Empörung, zumindest bei den Linken, die

mit einer Initiative gerade die Armee abschaffen wollen und nun mit der

Zelebrierung des eidgenössischen Wehrwillens konfrontiert sind. Der

Verteidigungsminister Kaspar Villiger beschwichtigt: «Wir feiern weder

den Kriegsausbruch ( . . ), noch sind Heldenfeielen vorgesehen.» Der

Bund wolle der Aktivistengeneration danken und glaubt, dass «die

Jungen einen Anspruch auf eine sachliche und ehrliche Information

über jene Zeit haben.»

Als dann sechs Jahre später auf dem ganzen Globus Feierlichkeiten zum

Ende des Zweiten Weltkriegs geplant sind, will die Schweiz davon nichts

wissen. Im Herbst 1994 entscheidet der Bundesrat, es sei nicht nötig,

etwas Besonderes zu organisieren. Villiger «unterstreicht, mit den

Feierlichkeiten im Zusammenhang mit der Kriegsmobilmachung habe

man auch das Kriegsende gewürdigt», heisst es im Sitzungsprotokoll.

Man sieht es als besser an, zu schweigen, schliesslich hat die Schweiz

beim Sieg über Hitler keine Rolle gespielt.

Wie sich die Landesregierung doch anders besinnt, zeigen nun amtliche Dokumente, die nach dem Ablauf der Sperrfrist von der Forschungsstelle

Dodis (Diplomatische Dokumente der Schweiz) ausgewertet und

zugänglich gemacht worden sind. Sie beleuchten auch die Hintergründe

einer Rede, die als eine der bedeutendsten der Bundesratsgeschichte gilt,

ja als Zäsur in der Weltkriegsdebatte: über die Schweiz und ihre Schuld –

gehalten im Mai 1995 von Bundespräsident Kaspar Villiger.

### Die Igelmentalität

In der Rückschau wird deutlich, wie der Bundesrat die Stimmung im

eigenen Land unterschätzt hat. Dabei ist schon damals eigentlich

unübersehbar, dass erinnerungskulturell etwas in Bewegung geraten ist.

Bereits 1992 wendet sich die Holocaust-Dokumentationsstätte Yad

Vashem an die Schweizer Behörden, um die Namen weggewiesener

jüdischer Flüchtlinge zu erhalten, was zu einer umfassenden

Aufarbeitung der Dossiers im Bundesarchiv führt. Es erscheinen Bücher,

die das traditionelle, weitgehend selbstgefällige Geschichtsbild infrage

stellen: über den Polizeikommandanten Paul Grüninger, der entgegen

den Vorschriften jüdische Flüchtlinge einreisen liess und entlassen

wurde, über den damaligen Antisemitismus in der Schweiz und das

Wissen, «was sich drüber im Reich abspielte». Dazu kommen

Dokumentarfilme wie «Von der Schweiz nach Auschwitz». Diverse

Vorstösse im Parlament sind die Folge. Und letztlich ist der politische

Druck so gross, dass der Bundesrat doch aktiv wird – wenn auch

widerwillig.

An der Sitzung vom 20. März 1995 bemerkt Kaspar Villiger, die

Landesregierung habe «ursprünglich einzig eine Rede des

Bundespräsidenten an Radio und Fernsehen vorgeschenken». Später habe

sie beschlossen, an einer von der Christlich-Jüdischen

Arbeitsgemeinschaft organisierten Gedenkfeier im Berner Münster

teilzunehmen. «Nun verlangen 120 Parlamentarier eine Sonderession.

Niemand scheint über diese Initiative besonders glücklich zu sein. ( . . )

und es ist nicht sicher, ob es gelingt, einen würdigen Anlass zu

organisieren.» Auch die Bundesräte Jean-Pascal Delamuraz, Arnold

Koller und Adolf Ogi haben Bedenken wegen der Sonderession. Man

einigt sich aber auf ein Erscheinen in corpore im Berner Münster.

Kein Gehör findet die SP-Bundesrätin Ruth Dreifuss, die einen

Nachtragskredit von 30 000 Franken fordert, damit das Bundesarchiv

eine Ausstellung zum Kriegsende organisieren kann. Der Parteikollege

und Finanzminister Otto Stich ist skeptisch, nicht nur wegen der Kosten:

«Warum spricht man vom kritischen Rückblick? Man könnte auch von

einem dankbaren Rückblick ausgehen», wendet er ein. «Soll die

Igelmentalität infrage gestellt werden? Sie hat uns vor einem Krieg

bewahrt.» Stich, 1927 geboren, ist der Einzige im Gremium, der den

Weltkrieg als prägendes Jugenderlebnis in Erinnerung hat. Der

Verteidigungsminister Villiger hat «grundätzlich nichts gegen eine

kritische Würdigung einzuwenden», aber gegen die Verantwortlichen

der Schau: die Historiker Jakob Tanner und Peter Hug. «Es ist zu

befürchten, dass die Ausstellung vor allem in eine Beschimpfung der

Kriegsgeneration mündet.»

Ablehnend reagiert die Landesregierung auch, als der freisinnige

Nationalrat Peter Tschopp in einem Brief an Villiger («Monsieur le

Président, cher ami») im April vorschlägt, dem Internationalen Komitee

vom Roten Kreuz anlässlich der Feier des Kriegsendes 50 Millionen

zukommen zu lassen. Der Aussenminister Flavio Cotti ist dafür: «Es gibt

Momente, in denen der Bundesrat ein Zeichen setzen muss, auch ein

finanzielles Zeichen.» Stich und Delamuraz geben warnend zu

bedenken, dass diese «schöne Gesten» als «verspätete Entschuldigung»

missverstanden werden könnten. Und überhaupt: «Jede Woche taucht

eine neue Idee auf, wie man diesen Jahrestag begehen könnte», beklagt

sich Delamuraz in der Sitzung vom 3. Mai. Man einigt sich immerhin

darauf, den Siegermädchen Dankesbriefe zu versenden sowie an den

Feierlichkeiten in Paris und Moskau teilzunehmen (statt wie

ursprünglich geplant nur die Botschafter zu chicken).

Es ist zudem der Tag, an dem Bundespräsident Villiger das Kollegium

über einbrisantes Geschäft informiert: den Inhalt seiner Rede zur Feier

des Kriegsendes.

### «Das ist gut für das Land»

«Nach reiflicher Überlegung und vielen Gesprächen» sei er zum Schluss gekommen, «dass der Bundesrat gut daran täte, sich für die in der Vergangenheit gegenüber den verfolgten Juden begangenen Fehler zu entschuldigen», heisst es im Protokoll der Sitzung. Tatsächlich hat sich Villiger gründlich auf die präsidielle Rede vorbereitet, Fachliteratur gelesen, sich mit Historikern wie dem Berner Professor Walther Hofer ausgetauscht. Schon Ende März haben seine persönlichen Mitarbeiter eine «Disposition» erstellt.

Ob Villiger seine Bundesratskollegen mit seinem Vorhaben überrascht, ist nicht überliefert. Laut dem Protokoll liest er die entsprechende Textpassage vor. Der Justizminister Koller habe «als Jurist mit dem Begriff Entschuldigung ein bisschen Mühe», habe sich aber zuvor mit Villiger ausgetauscht: «Da dieses Wort als Begriff der Volkssprache zu interpretieren ist», opponiere er nicht. Ausserminister Cotti fragt:

«Werden in der Rede auch die positiven Aspekte der damaligen Politik erwähnt?» Otto Stich ist bereits im Rechtfertigungsmodus: «Die

Entschuldigung bedeutet nicht, dass wir künftig alle Flüchtlinge

aufnehmen können.» Er nimmt gar Bezug auf die berüchtigte Metapher

des damaligen Justizministers Eduard von Steiger: «Auch damals war

das Boot teilweise voll.» Die Innenministerin Dreifuss bestärkt Villiger:

«Cela est bien pour le pays» – das ist gut für das Land.

Vier Tage später, am 7. Mai, hält Bundespräsident Villiger seine Rede, vor vollen Rängen im Nationaltheater, umrahmt von Bach-Konzerten, die der Sonderession eine feierliche Note verleihen. «Dankbarkeit, Bescheidenheit, Respekt, Zurückhaltung, Nachdenklichkeit: Diese Werte sollen die heutige Gedenkfeier prägen. Es geht weder um falsche Glorifizierung noch um Selbstdanklage, weder um Heldenkult noch

Schuldzuweisungen», sagt Villiger eingangs.

Es ist eine stimmig komponierte Darstellung von Widerstand und Anpassung der Schweiz während der Nazi-Zeit. «Natürlich machte die Schweiz Konzessionen. Wie anders hätte sie überleben sollen?» Aber es habe auch einen Bereich gegeben, der sich der Rechtfertigung durch

«irgendwelche äusseren Umstände» entziehe: «Es geht um jene vielen

Juden, denen durch die Zurückweisung an der Schweizer Grenze der

sichere Tod wartete.»

Dann folgen die Sätze, die auch international ein Echo finden: «Es steht für mich ausser Zweifel, dass wir mit unserer Politik gegenüber den verfolgten Juden Schuld auf uns geladen haben. ( . . ) Der Bundesrat bedauert das zutiefst, und er entschuldigt sich dafür, im Wissen darum, dass solches Versagen letztlich unentschuldbar ist.»

Ob Villiger seine Bundesratskollegen mit seinem Vorhaben überrascht, ist nicht überliefert. Laut dem Protokoll liest er die entsprechende Textpassage vor. Der Justizminister Koller habe «als Jurist mit dem Begriff Entschuldigung ein bisschen Mühe», habe sich aber zuvor mit Villiger ausgetauscht: «Da dieses Wort als Begriff der Volkssprache zu interpretieren ist», opponiere er nicht. Ausserminister Cotti fragt:

«Werden in der Rede auch die positiven Aspekte der damaligen Politik erwähnt?» Otto Stich ist bereits im Rechtfertigungsmodus: «Die

Entschuldigung bedeutet nicht, dass wir künftig alle Flüchtlinge

aufnehmen können.» Er nimmt gar Bezug auf die berüchtigte Metapher

des damaligen Justizministers Eduard von Steiger: «Auch damals war

das Boot teilweise voll.» Die Innenministerin Dreifuss bestärkt Villiger:

«Cela est bien pour le pays» – das ist gut für das Land.

Aufmerksam hört der Präsident des World Jewish Congress, Edgar Bronfman, zu. Er ist der einzige, der Villiger nicht lächelt. «Sie haben eine sehr wichtige Rede gehalten», sagt er. «Sie haben eine sehr wichtige Rede gehalten.»

&lt;p